



WASSERMANAGEMENT IN ZEITEN VON HITZE & DÜRRE

10 THESEN & FORDERUNGEN DES DStGB



1. Mehrere aufeinanderfolgende Trockenjahre sind aufgrund des Klimawandels ein realistisches Szenario. Jeder Wasserversorger muss daher prüfen, ob er in allen Teilen seines Versorgungssystems, von den verfügbaren Trinkwasserressourcen bis hin zur Netzhydraulik, über die notwendigen Systemreserven verfügt. **Erforderlich ist ein Umdenken hin zu einem aktiven Wassermanagement!**
2. Von den rund 180 Milliarden Kubikmetern Wassermenge **nutzt die kommunale Trinkwasserversorgung in Deutschland weniger als 3 Prozent**. Somit ist in Deutschland grundsätzlich genug Wasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung vorhanden. Gleichwohl kann es sein, dass bestimmte Quellen, die stark auf Regen reagieren, zum Beispiel Quellschüttungen, bei langhaltender Trockenheit nicht genug Wasser haben. In derartigen Regionen gilt es, **vorsorgend zu planen**. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sollte insbesondere der Ausbau von Wasserspeichern sowie der Ausbau von Verbundstrukturen mit benachbarten Trinkwasserversorgern in den Blick genommen werden.
3. Je nach Beschaffenheit und regionaler Lage können auch eine **Reaktivierung alter Wassergewinnungsanlagen** sowie im Einzelfall auch die **Erkundung neuer Grundwasservorkommen** helfen. Ziel aller Maßnahmen muss es sein, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.
4. Mögliche Interessenkonflikte bei der Trinkwasserversorgung müssen im Sinne einer **Priorisierung der Wassernutzung** gelöst werden. Dies betrifft insbesondere die Landwirtschaft, wasserintensive Industrien, aber auch Naturschutzziele sowie private Nutzungen (Pools etc.). **Wo nicht genug Wasser für alle Abnehmer vorhanden ist, muss die öffentliche Wasserversorgung stets Vorrang haben!** Dabei ist die **bewährte dezentrale Struktur** bei der Wasserversorgung zu beachten.
5. Die Wasserbewirtschaftung ist in Deutschland **zu sektoral** ausgerichtet (z. B. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Abwasserwirtschaft, Hochwasserschutz oder Schifffahrt). Problemanalysen und Verbesserungsvorschläge werden häufig nicht übergreifend betrachtet. Erforderlich sind daher eine **integrierte Perspektive und Gesamtstrategie**.



6. In den vergangenen Jahren fand zudem ein zunehmender **Wasserverlust in der Landwirtschaft** statt: Felder und Grünland werden in großem Stil drainiert, Bäche und Flussläufe begradigt sowie vertieft, um auf den Böden eine noch intensivere Landwirtschaft ausüben zu können. Dieser Weg muss korrigiert werden, indem **Entwässerungssysteme gezielt auch zum Wasserrückhalt umfunktioni**ert werden.

7. Zu einem aktiven kommunalen Wasser-
management gehört auch das System der „**Schwammstadt**“. Regenwasser in Städte und Gemeinden versickert oder verdunstet selten, da es häufig rasch abgeleitet wird. Daher gilt es, ein **intelligentes Abwasser- und Regenwassermanagement** zu etablieren. Regenwasser sollte nicht gleich in Abwasserkanäle abgeleitet, sondern aufgefangen und nutzbar gemacht werden. Flächenentsiegelung, die Anlage neuer Versickerungsflächen oder die Wasserspeicherung in Zisternen sind Lösungsansätze, Regenwasser systematisch abzuleiten und dabei gleichzeitig die Bodenfeuchte und das Mikroklima in bebauten Bereichen deutlich zu verbessern.

8. Aufgrund der steigenden Wassernachfrage in Hitzeperioden muss auf einen **verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Trinkwasser** hingewirkt werden. Verbraucher müssen konsequent abwägen, ob der Wasserverbrauch in allen Fällen erforderlich ist – etwa bei der Gartenbewässerung. Im Einzelfall sollte die Entnahme von Wasser für die Grundstücksbewässerung durch die lokalen Wasserversorger untersagt werden.

9. Es ist erforderlich, dass insbesondere **Bund, Länder, Kommunen und die Wasserwirtschaft zusammenwirken**. Denn die Bewältigung der Klimafolgen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen und Strategien sind zudem nicht zum Nulltarif zu haben. Bund und Länder müssen daher die Kommunen bei konkreten Umsetzungsmaßnahmen finanziell unterstützen.

10. Langhaltende Dürre- und Hitzeperioden schaden auch dem Wald massiv. Das **Wald- und Baumsterben** stellt Städte und Gemeinden vor immer neue Herausforderungen. Notwendig ist daher ein **nachhaltiger Aktionsplan** von Bund, Ländern und Kommunen, um die **Multifunktionalität der Wälder durch ein Mehr an Mischwald** in Deutschland und auch die **Stärkung der „Grünen Lungen“** innerhalb der Städte und Gemeinden zu sichern. Nötige Maßnahmen sind Aufforstungen durch dürreresistentere Bäume, die Pflanzung von Mischwäldern, aber auch die Aufstockung von Personal in den Forstverwaltungen. Es bedarf eines nachhaltigen und durchfinanzierten Programms, mindestens für die kommenden 10 Jahre.



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Marienstraße 6
12207 Berlin-Lichterfelde
Tel.: 030 / 77307-0
Fax: 030 / 77307-222
E-Mail: dstgb@dstgb.de
Stand September 2020